

**Drucksache
5467/2014-2020**

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende
Stenner Straße 22
33613 Bielefeld
Mobil: 0171/3436072
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 27.09.2017

Antrag zum Tagesordnungspunkt 4.1 **Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zur Sitzung des Rates am 28.09.2017 stellen wir folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

1. Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld

- Die Stadt gründet mit interessierten Partnern (Freie Scholle, BGW, etc.) ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld.“
- Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen in Bielefeld“ ist eine strategische Aufgabe der Stadt. Hierfür werden die notwendigen Ressourcen (Stellen) in der Bauverwaltung geschaffen.
- Die Stadt errichtet konsequent einen eigenen Wohnungsbestand.

2. Zusammenarbeit mit NRW Urban

- Die Stadt Bielefeld wird Gesellschafter der NRW URBAN Kommunale Entwicklung GmbH.
- Die Stadt Bielefeld vereinbart das Treuhandmodell mit NRW Urban.
- Nicht vermarktete Grundstücke bebaut die Stadt Bielefeld selber.

3. Flächen im Besitz des Landes NRW

- Die Flächen des Landes NRW werden auf ihre Eignung für den Wohnungsbau untersucht. Bei Identifizierung geeigneter Flächen wird mit NRW Urban eine Übernahme vereinbart.

4. Baulückenprogramm

- Die Stadt prüft im Rahmen des INSEK „Nördliche Innenstadt“ die Umsetzung eines Sonderprogramms zur Schließung von Baulücken (ähnlich Fassaden-Programm), als Ergänzung zu den Maßnahmen b1 und B2.

Begründung:

Zu 1.: Bisher wurden trotz "Masterplan Wohnen" nicht in ausreichendem Maße bezahlbare Wohnungen geschaffen. Eine Aktivierung wird nicht mit den vorhandenen personellen Ressourcen möglich sein. Da der private Wohnungsmarkt bisher wenig Aktivitäten entwickelt hat, geeignete Wohnungen zu bauen – was besonders für große Wohnungsgesellschaften zutrifft, füllt die Stadt Bielefeld die entstandenen Lücken durch eigene Wohnungsbauaktivitäten.

Zu 2.: Die Stadt Bielefeld wird trotz Antrag Punkt 1 auch in Zukunft in der Breite kein geeignetes Personal zur 100%-eigenständigen Baulandentwicklung beschäftigen können (Fachkräftemangel). Sie nutzt deshalb die durch NRW Urban zur Verfügung gestellten Ressourcen.

Bei der Aktivierung von Flächen (Grunderwerb) macht es durchaus Sinn, wenn dies nicht durch die Stadt selber vorgenommen wird. NRW Urban hat hier einen weiteren Erfahrungsbereich, der der Stadt zu Gute kommt. Das Treuhandmodell ermöglicht der Stadt grundsätzlich einen Vermögensaufbau durch eigene Grundstücke. So sind auch Finanzierungsmodelle wie Erbpacht für Bauwillige denkbar.

Da bisher der private Sektor nicht in ausreichendem Maße bezahlbare Wohnungen zur Verfügung gestellt hat, wird die Stadt bei Desinteresse selber tätig und baut eigene Wohnungen.

Zu 3.: Das Land NRW (Bauministerium) hat auf Veranstaltungen mehrfach darauf hingewiesen, dass geeignete Flächen (eventuell Brachflächen) für die Kommunen für den Sozialen Wohnungsbau bevorzugt nutzbar sind.

Zu 4.: Das heterogene INSEK-Gebiet der nördlichen Innenstadt weist eine Vielzahl von Baulücken und Brachflächen auf. Hier gibt es ein Potential sowohl zur Nachverdichtung als auch direkt damit verbunden zur Wohnumfeld Verbesserung. Die mit dem INSEK-Gebiet möglichen Förderungen sollen gezielt als Impuls zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum genutzt werden.

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE